

Ueber das „Silber“

beginnt der Reichstagsabgeordnete Dr. Bamberger in der „Nation“ einen längeren Aufsatz zu veröffentlichen, dessen erster Theil jetzt vorliegt. Das deutsche Geld, welches die Einziehung der Thaler österreichischen Geldes bewirkt, der Entschluß Österreichs, sein Papiergeld auf dem Wege einer großen Münzreform in Metallgeld zu verwandeln, endlich die Forderung des Kampfes für und gegen freie Silberprägung in den Vereinigten Staaten haben das Jahr 1892 zu einem der bedeutungsvollsten in der weltgeschichtlichen Entwicklung, welche über die Stellung des Silbers im Verkehrsleben der Neuzeit entscheiden soll. Hieran anknüpfend unterzieht Dr. Bamberger zunächst die Einstellung der deutschen Silberverkäufe im Jahre 1879 und ihre Folgen einer kritischen Besprechung, um mit nachstehenden Bemerkungen über das Abkommen mit Österreich-Ungarn betreffs der österreichischen Silberthaler und die Vollenbung der deutschen Münzreform zu schließen: „Als guter Mensch und Verbündeter durfte Österreich sich nicht schlechtin absehnend verhalten und so kam es zu einem Vergleich, den — nach Verkommen — wohl beide Theile schlecht finden, aber doch besser als einen guten Prozeß. Österreich ließ sich herbei, ein Drittel dieses Thalerbetrags zu dem nominalen Werth von anderthalb österreichischen Gulden zu übernehmen. Da der Gesamtbetrag der noch vorhandenen auf etwa 78 Millionen veranschlagt ist, so übernahm Österreich 26 Millionen Mark zu dem Gegenwerth von 13 Millionen Gulden, und diese Gulden sind zur Zeit in deutschem Geldwerth 22,490,000 Mark (der Gulden zu 1 Mk. 73 Pf. gerechnet). Mühten wir diesen Thaler heute lediglich zu einem Silberwerth von 39/100 Pence die Länge verkaufen, so würden sie nur 17,700,000 Mark einbringen. Wir vermeiden bei diesem magere Vergleich also nach den Preisen des Moments noch immer eine Einbuße von etwa vierunddreißig Millionen Mark. Auf die zwei Drittel der 78 Millionen, die uns bleiben, tragen wir den ganzen Verlust, und Alles in Allem gerechnet, liquibiren wir, immer unter Zugrundelegung des heutigen Marktpreises, den Vortheil von deutschen Thälern österreichischen Geldes mit einem Minus von beiläufig 20 Millionen Mark. Aber über den Nachtheil dieses Verlustes geht weitaufer den Vortheil, daß mit der Erbschaft des Jahres 1879 in bedeutungsvoller Weise aufzuräumen begonnen wird. In gegeben Zeit wird die Reichsregierung auf Grund der hier beprochenen Maßnahmen die österreichischen Thaler außer Verkehr setzen und den Rest, der nicht an Österreich abgegeben wird, einsammeln. Damit verschwindet wieder ein Theil der Silberthaler, die gegen die Vollständigkeit des Reichsgeldwährung als vollständig gelten. Das dann noch ein Rest in den Kellern der Bank und ein anderer in den Händen des Publikums bleibt, ist zwar un schön und falsch. Aber gefährlich ist es nicht. Ob die etwa 200 Millionen Mark, die noch im Lande umgehen, als Dreimark- oder als Zweimarkstücke dienen, hat nichts auf sich. Da die fünfmarkstücke weder in Gold, noch in Silber, noch in Reichsgeldscheinen genügend vorhanden sind, so mag sogar ein Dreimarkstück, obgleich nicht in Dezimalsystem passend, seinen Nutzen haben. In der Reichsbank werden nach dem Verschwinden der 78 Millionen österreichischer weniger als 200 Mark in deutschen Thälern bleiben, und da der Goldvorrath daselbst zwischen 650 und 800 Millionen Mark schwankt, in den Privatbanken, im Publikum und im Juliusbaum daneben sich noch etwa 1800 Millionen befinden, so sind wir damit der effektiven Reichsgeldwährung ganz nahe gekommen, wie die große Münzreform sie wollte und wie wir sie ohne die fatale Maßregel des Frühjahrs 1879 längst hätten. Nach Einziehung der österreichischen Thaler könnte die Reichsregierung ganz unbedenklich die Reichsgeldwährung proklamieren, d. h. die noch vorhandenen Thaler zu Scheidemünze machen, wovon nicht mehr als zwanzig Mark bei großen Zahlungen angenommen zu werden brauchen. Eine logische Folge davon wäre, daß die Reichsbank in Zukunft den Stand ihres Metallvorraths nach Gold und Silber getrennt allwöchentlich bekannt gäbe, wie es in allen jüdischen und sogar nicht ganz jüdischen Ländern geschieht. Und damit wären wir abermals ein Stück bismarckischer Wirtschaftsbereitschaft los.“

Deutschland.

Berlin, 18. April. Der König und die Königin von Italien werden nach hierher gelangten Nachrichten am 9. Juni hier eintreffen. Aus Saarbrücken wird gemeldet: Der Besuch des Kaisers in den Saarstädten — die Ankunft erfolgt, wie nunmehr ziemlich sicher feststeht, am 24. d. — wird einen privaten Charakter tragen. Der Kaiser wird während seines auf einen Tag bemessenen Aufenthalts der Gasse des Freiherren vom Stumm auf dessen Schloß Paderborn sein, woselbst schon geraume Zeit die Vorbereitungen zu seiner würdigen Aufnahme getroffen werden. Ein offizieller Empfang findet nicht statt. Wahrscheinlich wird der Kaiser eine Fahrt nach dem Ehrenthal und dem Schloßfeld von Epicheren unternehmen; Warmbrunn der Garnison und Parade über dieselbe dürfte gleichfalls erfolgen. Für den 25. d. ist ein Besuch der Stummischen Werke in Neumünster und vielleicht die Besichtigung einer Grube in Aussicht genommen, worauf der Kaiser sich zum Besuch der badischen Fürstentum nach Karlsruhe zu begeben gedenkt. — In dem neuen konservativen Programm, dessen Aufstellung angeordnet worden, soll nach dem Wunsch der „Kreuzzeitung“ und ihrer Freunde die antisemitische Agitation eine wichtige Stelle einnehmen; soeben veröffentlicht das Blatt wieder eine Aufschrift aus Breslau, worin gedroht wird, daß die echten Konservativen in hellen Haufen zu der „deutsches-Sozialen“ Partei übergehen würden, falls sie nicht ebenso, wie bei dieser, künftig bei der konservativen Partei mit dem neuen Programm ihre Rechnung finden. Gleichzeitiger enthält die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine auffallend nachdrückliche Abfolge an den Antisemitismus. Das Blatt bemerkt, diese Bewegung sei aus „berechtigten Ursprüngen“ hervorgegangen, fährt aber fort: „Seit mifst sich der Bewegung alsbald Elemente bei, welche auf das Präbikat einer ge-

rechten, humanen und vorurtheilsfreien Gesinnung nur sehr bescheidenen Anspruch hatten. Unter dem Einfluß derselben verbreitete sich die fittliche Reaktion gegen vereinzelt hervortretende Untugenden in eine Hege gegen die Staatsbürger mosaischen Glaubens oder israelitischer Herkunft. Unter ihrem Einfluß artete die Bewegung in eine Demagogie aus, welche auch den pöbelhaftesten Mitteln gegenüber sich nicht allzu wählerisch zeigte. Der Konservatismus dringt seiner Natur nach überall auf das Wesen der Dinge. Zeigen sich irgendwo im öffentlichen Leben Schäden oder ungelunde Erscheinungen, so erhebt er sich nicht gegen zu Tage tretende Symptome, am allerwenigsten glaubt er soziale Krankheiten heilen zu können, indem er gegen die Personen losgeht oder schlägt, welche damit befaßt sind. Der heutige Antisemitismus befaßt sich auf gar nichts, er begnügt sich zu schreien: „Juden heraus!“ Und doch dürfte ein Moment des Nachdenkens genügen, um auch der beschränkten Intelligenz klar zu machen, daß, wenn z. B. von der Börse heute alle Cohn und Reub ausgegeschlossen würden, morgen ebenso viele Müller und Schulte an deren Stelle getreten wären, und die Börse bliebe ganz genau dasselbe, was sie vorher war. Wobei die Frage für den Augenblick unerörtert bleiben soll, ob es nicht ebenfalls ein unkonsequentes Verurtheilen an Symptomen ist, wenn immer gegen „Ausbreitungen“ der Börse getätet wird, während es sich doch mehr um Ausbreitungen der Fäulnis handelt, welche an die Börse gehen, ohne durch ihre Berufstätigkeit irgendwie dazu veranlaßt zu sein. Und hiermit kommen wir zu dem zweiten Charakterzug, welcher die fäulnisvollen Spielarten des heutigen Antisemitismus abgrundtief von jeder konservativen Gesinnung scheidet. Die Demagogie lügt, das Wesen des Konservatismus besteht in der Wahrheit. Die konservativen gerichteten Denksart sieht die Dinge, wie sie sind, verpöndet nichts, was nicht gehalten werden kann, steckt sich klare Ziele und prüft stets aufs gewissenhafteste das Ansehen der Mittel, welche erforderlich sind, um das Ziel zu erreichen. In unmittelbarer praktischer Wendung lautet die Maxime: Keine das öffentliche Recht berührende Agitation kann als konservativ, ja nicht einmal als legitim gelten, welche ihre letzte Absicht nicht in die Form eines Gesetzesworts zu bringen vermag. Auf versuchungsmäßigen Wege ist das Ziel des Antisemitismus, wie er sich heute gestaltet hat, nicht zu erreichen. Die Verwirklichung desselben würde einen Umsturz bedingen, wovon nicht nur tiefgreifender als derjenige, welchen der Sozialismus plant.

— Aus Schleswig-Holstein schreibt man dem „B. Z.“: Der Zwist im konservativen Lager hat auch die konservative Partei Schleswig-Holsteins in zwei feindliche Gruppen gespalten; in der kleineren Partei der Ultrakonservativen ist der Zübel über den Ausschluß des Herrn v. Hellborn groß; die weitaus größere Partei der Gouvernamental-Konservativen ist über das Vorgehen der Reichs-Regierung aufs höchste entzweit und erbittert, denn die Hoffnung, daß wenigstens in einzelnen Wahlkreisen künftig eine Verständigung zwischen dem ehemaligen Reichs-Parteien erzielt werden möchte, ist dadurch vollständig zu Schanden geworden. Die hochkonservativen „Wochenblätter“ und „Die Krepper Reform“ fordern zur Gründung einer neuen Partei, eines christlichen Zentrums, auf. Sie schreiben: „Bei dem Kampfe, der von den antichristlichen Mächten — den Liberalen bis zu den konservativen um Hellborn — der Kirche aufgegeben wird, müssen Schulter an Schulter stehen, nicht nur Reformisten und Ultrakonservativen, sondern auch Evangelische und Katholiken. Statt des katholischen Zentrums muß es ein christliches Zentrum in unseren Parlamenten geben. Wir müssen zu Abgeordneten Männer wählen, die in erster Linie als ihr Thun und Handeln beeinflusst werden vom Christentum.“ Wie die „Wochenblätter“ mittheilt, beschäftigen die Konservativen, überall im Lande Enttäuschungsveranstaltungen zu veranstalten, falls Herr von Hellborn nicht aus der konservativen Partei ausgeschlossen worden wäre; „er hätte dies recht verdient, weil er hinter dem Rücken der Partei keine sehr rühmliche Rolle gespielt hat.“ — In der bairischen Erzdiözese Bamberg scheint demnächst ein mehrjähriger innerkirchlicher Kampf zu Ende gehen zu sollen. Mit dem 1. Juli wird angeblich der Rektor des extrem-ultramontanen „Bamberger Volksblattes“, Kaplan Schmitz, seine publizistische Tätigkeit aufgeben und in seine heimathliche Diözese Trier zurückkehren. Die betreffende Wendung ist schon mehrfach angeführt, immer aber wieder von Neuem durch den Widerstand des intrinsigsten geistlichen Publizisten verhindert worden; diesmal scheint sie Thatsache werden zu sollen. Gegenüber diesem anderen Dasch scheint also bei dem bischöflichen Ordinariat in Trier der neue Bamberger Erzbischof Dr. Josef v. Schöck erreicht zu haben, was vorher Erzbischof Friedrich v. Schreiber und vor diesem, bei dem früheren Trierer Bischof Eberhard, auch Erzbischof Melchior v. Deinlein vergebens angestrebt hatte. Mit Herrn Kaplan Schmitz würde vermutlich der letzte preussische „Kulturkampfplückerling“ wieder aus Bayern verschwinden.

Kassel, 16. April. In einer Sitzung des hiesigen Regierungs-Kollegiums im Sitzungssaale des Regierungs-Gebäudes verabschiedete sich heute Nachmittag der Minister-Präsident Graf zu Guleburg. **Kiel, 15. April.** Wie wir erfahren, sind neuerdings zwei Ober-Ingenieure unserer Kriegsmarine und zwar je einer von der Ostsee und der Nordsee-Station, nach Bremerhaven kommandirt worden, um an Bord eines Dampfers des Norddeutschen Lloyd eine Fahrt nach Amerika mitzumachen. Die beiden Ingenieure sollen auf der Reise die wegen ihrer ausgezeichneten Qualität anerkannten Schiffsmaschinen, deren Handhabung und Funktionierung während der Fahrt, studieren, um die gemachten Erfahrungen in der Kriegsmarine zu verwerthen. Die Kenntnis dieser Maschinen ist nebenbei auch deshalb von Werth, weil die Bremer und Hamburger Schnell-Dampfer im Kriegsfalle bekanntlich in erster Linie bei der Ergänzung unseres Kreuzerbestandes in Betracht kommen. Der von hier abgeordnete Ober-Ingenieur hat die Reise bereits angetreten. — Durch allerhöchste Kabinettsordre vom 11. d. sind 67 Kadetten zu Seefahrten beordert worden. Dieselben sind auf das Artillerie-Schulschiff

„Mars“ nach Wilhelmshafen kommandirt, um hier einen Ausbildungskursus in der Artillerie zu absolvieren. Dieser Kursus dauert bis Mitte Mai, und werden die Seefahrten alsdann auf die Schiffe der Flottenflotte und des Leubungs-geschwaders vertheilt. — Von den neu einzustellenden Kadetten haben 80 die Aufnahmeprüfung bestanden, doch werden fünf derselben nur versuchsweise eingestellt. Diese 80 Kadetten sind bereits an Bord des Kadettenschulschiffes „Storch“ eingeeicht. — Für die Teilnehmer der Vorlesungen der Marine-Akademie während des Wintersemesters hat ein einmonatlicher Batterie-Romanen-Kursus an Bord des Artillerie-Schulschiffes „Mars“ begonnen. — Die Schiffsjungen des zweiten Jahrganges, welche im vorigen Jahre am Bord der Schiffe „Eusebe“ und „Mansueto“ ihre erste Ausbildung erhielten, sind nunmehr an Bord des Schiffsjungen-Schulschiffes „Gneisenau“ eingeeicht. — Die neu eingestellten Schiffsjungen, 233 an der Zahl, werden in der nächsten Woche an Bord des Schiffsjungen-Schulschiffes „Mars“, welches gegenwärtig im Ausrüstungsbau der Kaiserlichen Werft liegt, eingeeicht.

Hamburg, 16. April. Die „Hamb. Nachr.“ bringen an hervorragender Stelle folgende Auslassungen: „In einem Theile der Presse wird augenscheinlich geglaubt, daß unter den jetzigen Verhältnissen der politischen Weisheit letzter Schlag in der Behandlung des Kartellgebildens als überlebte Idee seinen Ausdruck zu finden habe. Darin irrt sich aber nichts anderes als die völlige Verkennung der Möglichkeiten, die im Reichstage für die Bildung einer konstanten Majorität bestehen. Das Kartell war eine Zusammenfassung der monarchistischen Parteien mit abgesehenen Spitzen, damit sie sich gegenseitig nicht schaden. Das Kartell war das Ergebnis der politischen Lage, wie sie damals bestand und jetzt noch besteht: es bot die einzige Möglichkeit, eine in den Hauptgrundlagen übereinstimmende Majorität herzustellen. Für eine konservative Majorität im Sinne der „Kreuzzeitung“ fehlen in der Bevölkerung die dazu notwendigen Wählerquantitäten. Die konservativen Kreise sind geographisch sehr begrenzt; konservative Wähler wachsen nicht auf jedem Boden, sondern in der Hauptursache nur in den von der Landgemeindeordnung betroffenen preussischen Provinzen, mit Ausnahme von Posen, in Sachsen, soweit die Sozialdemokratie dort das Terrain nicht okkupirt hat, in Mecklenburg, allerdings deminendo und dann sporadisch in einigen Theilen des protestantischen Westfalens, sowie des württembergischen und bairischen Südens. Die Möglichkeit, daß die Nationalliberalen eine Majorität gewinnen können, ist nach früheren Erfahrungen nahezu erwiesen, demzufolge ist ihr Eintritt indes nicht sehr wahrscheinlich. Aber es ist keineswegs ausgeschlossen, aus einer Verbindung der beiden konservativen Fraktionen mit den Nationalliberalen eine Mehrheit herzustellen. Die katholisch-konservative Majorität ist im preussischen Landtage vorhanden. Ob sie dort existirt bleibt, ist fraglich; im Reichstage aber läßt sie sich nicht herstellen. Im letzteren wird die Politik nur unter Verfassung mit allen den Schwächen getrieben werden können, welche im Auslande beispielsweise den Koalitions-Ministerien anhaften, also durch ein Kartell, das in gewissen Kardinalfragen einig ist und sich die übrigen in partes abwechselnd vorbeißt. Es giebt keine Fraktion, die im Reichstage eine geschlossene Mehrheit sicher zu stellen vermöchte; dies kann nur das Kartell. Wollten wir aber auf eine geschlossene Reichstagsmehrheit überhaupt verzichten, so würde die Entwicklung und Konsolidierung unserer verfassungsmäßigen Zustände von Jahr zu Jahr zweifelhafter werden.“

Büchel, 16. April. Wie ein Gerücht hier wissen will, plant der Senat die Errichtung einer großen Markthalle nach Berliner Muster. Da für eine solche Anlage im Zentrum der Stadt nicht genügend Platz ist, so muß eine ganze Reihe Häuser niederrissen werden. Ein hiesiges Blatt fügt hinzu, daß hierzu bereits ein großer Häuserblock in unmittelbarer Nähe der berühmten Marienkirche ausgeteilt worden sei. Der genannte Marktvorbeh, welcher den schon alterthümlichen Marktplatz von Büchel jetzt verunreinigt und die Passage bis zum Mittag zwei Mal wochenlang hemmt, würde alsdann in die Markthalle verlegt werden. **Bremen, 17. April.** (W. Z. B.) Aus authentischer Quelle verlautet, daß der „Norddeutsche Lloyd“ den Schnell-Dampfer „Eber“ nicht wieder in Dienst stellen, sondern denselben, da eine Wiederinstandsetzung sehr hohe Reparaturkosten erfordern würde, verkaufen wird. **Koblenz, 15. April.** Die unter der Administration des herzoglichen Kabinetts stehende „Koblenzer Zeitung“ bringt an hervorragender Stelle folgende Erklärung: „Nachdem das Zeitungsgeheiß von einer Spannung zwischen dem Berliner Pöbel und dem Herzog von Koblenz endlich verstummt ist, taucht in einigen Blättern eine neue Fabel auf, wonach demnächst eine „Auslösung“ zwischen dem Herzog und der Königin Viktoria einen „alten Zwist“ aus der Welt schaffen soll. Es verlohnt sich kaum, solche phantastischen Erfindungen zurückzuweisen; nur die Thatsache mag erwähnt werden, daß während der Zeit des angeblichen Zwistes die freundschaftlich-nahen Beziehungen zwischen den hohen Anverwandten keinen Augenblick getrübt, vielmehr brieflich und wo sich Gelegenheit zu persönlicher Begegnung fand (wie noch im vorigen Jahre an der Riviera) in gewohnter Herzlichkeit befunden worden sind.“ Jene auch von uns mit dem Ausdruck des Zweifels erwähnte Nachricht ging von der „Welt“ aus. **München, 18. April.** Der Professor der hiesigen medizinischen Fakultät Franz Seitz und Regierungsrath Pers. der Dichter des Glimp-ganes, sind gestorben.

Niederlande.

Amsterdam, 15. April. Ihre Majestät die Königin Wilhelmine gewinnt allmählich im Lande eine große Popularität. Man muß aber auch wissen, daß die kleine Königin alles thut, um sich die Liebe des Volkes zu erwerben, über das sie später zu regieren berufen sein wird. Sie besucht in Begleitung ihrer erlauchten Mutter nicht nur fortgesetzt alle Wohlthätigkeits-Anstalten des Landes und vertheilt Gaben an die Armen, sondern veranstaltet auch im Schloßpark der Residenz häufig verschiedene Rinderfeste, auf denen die Kinder des Adels, der Bürgerschaft und der Arbeiter ohne Unterschied erscheinen. Das letzte Rinderfest war ein Schloßfest. Auf Einladung Ihrer Majestät der Königin nahmen etwa 400 Schulkinder auf den eigens hierzu errichteten Estraden im Jaager Park Platz und die kleine Monarchin präsidirte dem Feste. Die Schulkinder sangen mehrere niederländische Nationallieder und erhielten zum Schluß Geschenke seitens der Königin, die sich auf dem Feste in trefflicher Weise unterhielt. **Belgien, Brüssel, 17. April.** (W. Z. B.) Der Kongreß der Progressisten faßte in seiner heutigen Nachmittagsitzung nahezu einstimmig Beschlüsse zu Gunsten des königlichen Referendums und des Referendums der öffentlichen Gewalten, sowie zu Gunsten einer Reform des Senates. In der Frage der proportionalen Vertretung sprach sich die Versammlung mit gewissen Vorbehalten aus. Der Kongreß der Progressisten stimmte in seiner Vormittagsitzung dem Antrage zu, wonach sich alle progressistischen Kandidaten für die nächsten Wahlen zur Annahme des allgemeinen Wahlrechts als Grundprinzip verpflichten müssen. **Brüssel, 17. April.** (W. Z. B.) Das heute Vormittag telegraphirte Verbot des Bürgermeister von Gent richtet sich — wie berichtend gemeldet wird — nicht gegen Rundgebungen am 1. Mai, sondern gegen sozialistische Demonstrationen, welche für morgen geplant waren. **Frankreich, Paris, 15. April.** Die Veröffentlichung des Anklageaktes gegen Ravachol und Genossen ist hier bereits gestern erfolgt, obgleich die Verhandlung des Prozesses vor dem Pariser Schwurgericht erst am 25. d. Mts. stattfindet und das Gesetz die Veröffentlichung eines Anklageaktes vor Beginn der gerichtlichen Verhandlungen ausdrücklich verbietet. Aber, wie Solches hier schon häufig geschehen ist, ein Reporter hat es verstanden, sich für Geld und gute Worte von einem Sekretär der Staatsanwaltschaft die Abschrift des Dokumentes zu verschaffen, so daß der „Matin“ gestern Morgen im Stande war, das Dokument zu veröffentlichen, worauf beinahe sämtliche Pariser Blätter keinen Anstand genommen haben, sich durch Abdruck des gerichtlichen Aktenstückes derselben gezielten Uebersetzung schuldig zu machen. Der „Matin“ ist bereits im Laufe des gestrigen Tages vor das Zuchtpolizeigericht gelangt worden, um wegen der bezüglichen „Konvention“ abgeurtheilt zu werden. Es fragt sich nun, ob die Staatsanwaltschaft auch gegen diejenigen Journale, welche das von dem „Matin“ veröffentlichte Aktenstück abgedruckt haben, gerichtliche Vorgehen wird. Da jedenfalls mehrere hundert von Journalen in Paris und in der Provinz dieses Vergehen bezogen und in solchen Fällen stets auf eine Geldstrafe von 500 Franken erkannt wird, würde der Justizminister Gelegenheit haben, die Einmahnung seines Staats an eine ganz außergewöhnliche Summe zu erhöhen. Aus dem Anklageakte ist zu ersehen, daß die Thäterschaft von Ravachol und Genossen bezüglich der Attentate des Boulevard St. Germain und der Rue de Clugy festgelegt wird, daß dagegen die Untersuchung bezüglich des Dynamit-Diebstahls in Etienne keine Aufschlüsse gegeben hat. Ueber die Nationalität des Königlein alias Ravachol ist in dem Anklageakte nichts enthalten. Heute wird noch von einer ganzen Reihe von Blättern die Behauptung aufgestellt, daß der verhaftete Ravachol gar nicht Ravachol sei. Die Behauptung wird darauf gegründet, daß die Geschwister und die Mutter Ravachols angeblich das photographische Porträt desselben nicht erkannt haben. Ein Reporter des „Soir“ hat sodann den Bruder Ravachols nach Paris gebracht, damit derselbe den Angeklagten rekonstruieren könne. Im Panoptikum der Passage Jouffroy, wo die Verhaftung des Ravachol nach der Natur angefertigt dargestellt ist, hat Herr Königlein seinen Bruder nicht erkannt, was sich aber durch den Umstand erklären läßt, daß er denselben seit 15 Jahren nicht gesehen hat. Außerdem hat aber der Generalstaatsanwalt gestern das Gesicht des Abolaten, Ravachol mit diesem Bruder zu konfrontieren, abschließend geschehen, was natürlich dahin ausgelegt wird, daß man man doch der Identität des Verbrechers nicht ganz sicher sei.

Italien.

Rom, 18. April. (W. Z. B.) Rudini hat an den General Ricotti in Rodara telegraphisch das Ersuchen gerichtet, nach Rom zu kommen. Eine Lösung der Krise ist bisher nicht erfolgt.

Rom, 18. April. (W. Z. B.) Dem „Messager“ zufolge würde Grimaldi in das Kabinett eintreten und das Arbeitsministerium übernehmen; Branca sei zum Finanzminister anzuweisen.

Australien.

Petersburg, 18. April. (W. Z. B.) Nach dem heute ausgegebenen Bulletin hatte der Minister v. Giers gestern weniger Schmerzen. Nach gut verbrachter Nacht fühlte sich der Minister heute kräftiger. Finanzminister Wychnegradski hat gestern eine Ausfahrt unternommen, welche ihm gut bekommen ist.

Petersburg, 18. April. (W. Z. B.) Wie in hiesigen unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, hat der Minister v. Wychnegradski auf seine an den Kaiser gerichtete schriftliche Bitte um Urlaub ein äußerst herzlich abgefaßtes Antwortschreiben erhalten, worin der Kaiser auspricht, daß er dem Finanzminister zu der wohlverdienten Ruhe den gewünschten Urlaub gewähre, da der Minister nie, wenn das Wohl und der Nutzen des Vaterlandes in Betracht kamen, seine Kräfte gespart habe. Er, der Kaiser, bitte den Finanzminister, den Urlaub bis zu völliger Wiedererholung zu benutzen. Ferner wird dem Minister in dem Schreiben mitgeteilt, daß während seiner Abwesenheit Geheimrath Thörner (Wychnegradski's Gehilfe) die Verwaltung des Finanzministeriums übernehmen werde. Falls er (Wychnegradski) aber eine andere Kombination vorschlagen würde, so verpöndet der Kaiser dieselbe ernstlicher Ermüdung zu unterziehen. Jedenfalls hoffe er, so schließt der Brief, den erkrankten Finanzminister vor seiner Abreise zu sehen.

Bulgarien.

Wir haben auszugeweiht die bulgarische Note mitgeteilt, welche an die Ermordung des Finanzministers Velichew anknüpfend, die Forderungen Bulgariens ausstellt. Jetzt, nachdem von der Wortlaut dieses Aktenstückes vorliegt, sehen wir, daß dasselbe, im vollsten Sinne des Wortes, eine Anklageschrift gegen Rußland ist. Es heißt darin:

„Es steht fest, daß die bulgarischen Emigranten in Rußland nicht bloß ein Asyl und Straflösung, sondern auch Unterstellungen finden, die sie in den Stand setzen, Komplote zu schmieden und Attentate gegen die bulgarischen Staatsmänner vorzubereiten. Alle diese Thatsachen hätten die bulgarische Regierung sehr peinlich berührt und in Bulgarien einen bedauerlichen Eindruck gemacht. Sie reifen sich zahlreichen früheren Vorgängen an, bei welchen die russische Regierung stets ihre wohlwollenden Gesinnungen für die bulgarischen Emigranten und ihre feindselige Haltung gegen die bulgarische Regierung offenbarte. Diesbezüglich erinnert die Note an die nach der Ermordung Velichew's von Zantow, Kizom, Stantschew, Gruem, Banderow und Ljupmanow an Stambulow gerichteten Briefe, in welchen dieselben erklärten, sie würden weitere Attentate ins Werk setzen, an das Verbleiben Gruem's und Banderow's in der russischen Armee, an die Jahrespension Zantow's und an den Empfang Stantschew's durch den Minister Giers. Es sei ferner eine bekannte Thatsache, daß alle bulgarischen Emigranten, welche in der Türkei, in Serbien und in anderen Staaten sich aufhalten, mit russischen Pässen versehen sind, ohne russische Unterthän zu sein. Ja, die bulgarische Regierung habe sogar konstatirt, daß einzelne Brigantendörfer, die in der Türkei geboren sind und türkische Unterthän seien, solche russischen Pässe besaßen, so ein gewisser Costa Imanow, genannt Giurdskuli, aus Mazedonien, der Hauptling einer Räuberbande, die zahlreiche Räubereien verübte und mehrere Mordthaten vollbrachte. Es ist dies derselbe Räuberhauptmann, der auf der Station Belosoo Herrn Emler, sowie den Sozialisten Kaufmann Mitoglu gefangen nahm. Bei diesem Giurdskuli sei nun ein auf drei Monate gültiger, vom russischen Gesandten in Belgrad, Herrn Periant, unterzeichneter Paßirgetel vom 3. Februar 1889, lautend auf den Namen Costa Ivanowitsch, bulgarischen Emigranten, ferner ein von der russischen Gesandtschaft in Bulgarien am 16. Februar 1889 in aller Form ausgeteilter Paß gefunden worden, welcher letzterer das betreffende Individuum als russischen Unterthan bezeichnet. Abgesehen von dem ihnen von den russischen Behörden gewährten Schutz, erhalten die bulgarischen Emigranten Subsidien von panslawistischen Komitees für die Organisation und Ausführung von Komplotten gegen die kaiserliche Regierung, und außerdem werden ihre Reisen durch die Schiffe der freiwilligen russischen Kreuzerflotte und der bulgarischen Dampfschiffahrtsgesellschaft erleichtert, so daß sie der Wachsamkeit der bulgarischen Behörden entschlüpfen können.“

Wenn die bulgarischen Anarchisten nicht von den russischen panslawistischen Komitees unterstützt und ermutigt würden, wenn ihnen nicht in sichtlicher Weise der Schutz gewisser Funktionäre der russischen Regierung zu Theil würde, und wenn sie nicht in der Türkei eine von allzu weit gehender Nachsicht getragene Gastfreundschaft finden, die sie bis zum heutigen Tage nur allzu oft mißbrauchten, so würden sie ihre Verbrechen, deren offenkundiger Zweck die Zerstörung der in Bulgarien bestehende Ordnung der Dinge ist, unzweifelhaft nicht ausführen können.

Sofia, 16. April. (W. Z. B.) Die „Agence Balkanique“ meldet: Der Studirende am Odesaer Seminar Ruschleu, welcher daselbst wegen der ihm widerfahrenen schlechten Behandlung verlassen hatte, um über Konstantinopel nach Bulgarien zurückzukehren, wurde in Konstantinopel gezwungen, den Waggon zu verlassen und von dem anwesenden Dragoman der russischen Votschaft Stoyanow erlöst, im russischen Kloster in Galata abzuliefern, um die Hotelkosten zu erparieren. Ruschleu gab dieser Einleitung keine Folge und war vorgestern Abend im Besitz, mit der Eisenbahn nach Sofia abzureisen, als Stoyanow in Begleitung der Rawassien der russischen Votschaft erschien und unter Intervention der türkischen Polizei Ruschleu verhaftete. Die hiervon in Kenntnis gesetzte bulgarische Regierung beauftragte ihren Agenten in Konstantinopel, Dimitrow, bei dem Großpözer zu protestieren und die Freilassung Ruschleu's zu verlangen.

Afien.

Der kaiserliche Kanzler Schmiele aus Neu-Guinea hat in Verfolg seiner Auftragsreise auf der Insel Java das dankenswerthe Entgegenkommen der niederländischen und eingeborenen Beamten sowohl wie das der holländischen und deutschen Pflanzler gefunden. Von dem Generalgouverneur von Niederländisch-Indien wurde er in einer halbständigen Audienz empfangen und mit einem offenen Empfehlungsbreiben versehen. In Folge dessen waren ihm auch im Inneren der vollen und wirtschaftlichen Studien die Wege geebnet. In der musterhaften Theopflanzung Parafat-Salat des Herrn Mundt lernte er die Herstellung des bereits als Ersatz für die Passiflora auf dem Hamburger Markte eingeführten Jap. Palenbafes als Nebenbeschäftigung für die Kulis kennen und ließ hierüber mit Genehmigung des Herrn Mundt nähere Angaben an den Reichstomissar nach Neu-Guinea gelangen. Der Wast wird aus der gepulsten, schwarzgefärbten und in Stücke von bestimmter Länge geschnittenen Außenhaut von Bambu hergestellt. Zeitigende Förderung seiner Zwecke fand der Kanzler ferner bei dem Direktor des Botanischen Gartens in Buitenzorg, welcher nicht nur auf ein an ihn gerichtetes Ersuchen eine Sendung von fünf Risten für den Bismarckarchipel geeigneter Pflanzen, wie verschiedene Arten Cordienbäume, Pflanzen und Früchte, kostenfrei dorthin absenden wird, sondern auch aus eigenem Antriebe zugesagt hat, bei der in einigen Monaten bevorstehenden Reise Schmiele's demselben weitere Samen und Pflanzlinge, deren Erhaltung alsdann besser gewährleistet ist, mitzugeben. Herr Schmiele gedachte sich nunmehr über Singapore nach Ceylon zu wenden.

Feinste Spezialitäten. Zollfr. Versandt
W. H. Mielk, Frankfurt a. M. Spezial-Preisliste
in verschl. Conventiohne Firma g. Eins. v. 20. In Briefen